



03.06.2024

Offener Brief an die Wählerinnen und Wähler in Grünheide

Am 23. Mai 2024 wurde unser Grundgesetz 75 Jahre alt. Zahlreiche Organisationen heben in den letzten Wochen die Bedeutung der Demokratie hervor. Dem schließen wir uns voller Überzeugung an und fordern ebenso eine konsequente Umsetzung.

Vor dieser Herausforderung stand die Gemeindevertretung von Grünheide am 16. Mai, als sie über den Bebauungsplan Nr. 60 zu entscheiden hatte. Einige Wochen zuvor fand eine Einwohnerbefragung zu diesem Bebauungsplan statt. Laut Beschluss vom 14.12.2023 bestand das Ziel darin, „ein Meinungsbild der Einwohnerschaft einzuholen“ bevor „die Gemeindevertretung über die Abwägung/Satzungsbeschluss berät und beschließt“. Bei einer Beteiligung von 75 Prozent stimmten 62,1 Prozent mit „NEIN“ zum B-Plan Nr. 60.

Daraufhin zog Bürgermeister Christiani die Beschlussvorlage zurück. Durch sein Verhalten hat er einen demokratischen Entscheidungsprozess boykottiert. Im Jahr 2021 äußerte er in einem Interview mit einem holländischen TV-Sender, dass er nicht der größte Verfechter der Demokratie sei: „Ich muss nach den Spielregeln spielen. Aber deshalb muss ich nicht der Verfechter dieser Methode sein.“

Nach den „Spielregeln der Demokratie“ hätte die Gemeindevertretung nach Bekanntgabe vom Ergebnis der Einwohnerbefragung über den vorliegenden B-Plan Nr. 60 abstimmen müssen. Bei einer Ablehnung hätte es dem Bürgermeister freigestanden, den Entwurf überarbeiten zu lassen und nach einem Jahr erneut einzureichen.

Im Rahmen der Planänderung wurde die Fläche, welche gerodet und in ein Industriegebiet umgewandelt werden soll, etwa halbiert. Von der Verwaltung der Gemeinde und dem beauftragten Planungsbüro wird behauptet, damit das Votum der Einwohnerbefragung berücksichtigt zu haben. Man begründet dies mit der Flächenangabe in der Fragestellung.

Die Menschen hätten zu einer Rodung von ca. 100 ha „NEIN“ gesagt und nicht zur Umwandlung in ein Industriegebiet. Die zum geänderten Entwurf eingereichten Stellungnahmen lehnen den B-Plan Nr. 60 weiterhin ab. Der VNLB hat die Gemeindevertreterinnen und -vertreter in einem offenen Brief vor der Sitzung darauf hingewiesen und betont, dass bei einer Zustimmung zum B-Plan Nr. 60 weiterer Schaden für das Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse entsteht. Geantwortet hat uns niemand.

In namentlicher Abstimmung stimmten für den B-Plan Nr. 60:

Bürgermeister Arne Christiani (parteilos)

Pamela Eichmann (SPD)

Anette Weise (SPD)

Anna Homeyer-Angerstein (CDU)

René Neuberger (CDU)

André Güttler (Bündnis LOS)

Wolfgang Scharmer (Bündnis LOS)

Peter Komann (Alternative Liste Pro Grünheide)

Christian Paulke (Freiwillige Feuerwehr)

Eike-Gina Nixdorf (Freie Wählergemeinschaft)

Olaf Große (Gewerbe/Handwerk)

Von den Ortsbeiräten aus Grünheide, Hangelsberg, Kagel und Spreeau gab es keine Empfehlung zur Zustimmung für den B-Plan Nr. 60. Die Ortsvorsteherin von Grünheide, Pamela Eichmann und der Ortsvorsteher von Hangelsberg, Peter Komann setzten sich mit ihrer Zustimmung zum B-Plan Nr. 60 auch über den erklärten Willen ihrer Ortsbeiräte hinweg.

Nach unserer Überzeugung genügt es nicht, sich plakativ zur Demokratie zu bekennen. Es muss sich genauso im Handeln und im Abstimmungsverhalten widerspiegeln. Bei der anstehenden Kommunalwahl können die Menschen entscheiden, wer sich demokratisch für ihre Interessen einsetzt.

Verein für Natur und Landschaft in Brandenburg e.V.